

Seit annähernd zwei Jahren im Amt hat sich Präsident Duterte dem »Antidrogenkrieg« verschrieben, der mittlerweile indes als »Counterinsurgency« im Gewand der »Terror(ismus)bekämpfung« gegen linke und fortschrittliche Kräfte geführt wird.

Dutertismo in Aktion – Teil I

Von Rainer Werning

März 2018

Der seit Ende Juni 2016 amtierende 16. Präsident der Philippinen, Rodrigo R. Duterte, polarisiert die Gesellschaft des Inselstaates wie kein*e Politiker*in vor ihm. Für seine Anhänger*innen ist »Rody« oder »Digong«, wie er von ihnen liebevoll genannt wird, auch nach knapp zweijähriger Amtszeit noch immer ein »langersehnter Messias«. Seine Gegner*innen und Kritiker*innen sehen in ihm indes einen mit hoher krimineller Energie aufgeladenen »Macho-Faschisten« oder einen »Soziopathen«.

Den Regierungsstil des Präsidenten bezeichne ich als *Dutertismo*, der sich wie folgt charakterisieren lässt: Es ist dies ein Politikstil, der sich durch bizarres Mäandrieren zwischen populistischem, mitunter finster reaktionärem Poltern und links drapiertem Habitus auszeichnet. Inszeniert wird diese Pendelpolitik gemäß knallhartem Machtkalkül oder sie geschieht in impulsivem Stakkato.

Entstehung und Ausprägung

Gedeihen konnte der Dutertismo im Klima von Zerstörung und Gewalt in Südasiens ältester Konfliktregion – Mindanao und der Sulu-See – sowie im Ausgang einer vor drei Jahrzehnten zelebrierten »Revolution«, die sich letztlich nur als Machtrochade entpuppte.

Vor 32 Jahren, Ende Februar 1986, fand die Herrschaft von Ferdinand E. Marcos (1965–1986) und seiner Klientel im Zuge der national wie international überschwänglich gefeierten »People Power« zwar ein Ende. Doch sämtliche Regierungen bis 2016 bedienten vorrangig ihre Günstlinge und bereicherten sich durch Bestechung und Korruption auf Kosten einer Bevölkerung, die nach wie vor mehrheitlich in Armut verharret. Nirgends innerhalb der aus zehn Staaten bestehenden Vereinigung südostasiatischer Nationen (ASEAN) ist die Kluft zwischen Arm und Reich dermaßen groß wie in den Philippinen.

Der Höhenflug des aus behütetem bürgerlichen und Marcos-freundlichem Elternhaus stammenden Politologie- und Jurastudenten »Digong« begann ausgerechnet zu Beginn der Amtszeit Frau Aquinos. Sie berief ihn 1987 als *Offi-*

An dem Aussichtspunkt Shrine Hills in Davao City hängen große Banner, die suggerieren, dass die Stadt Eigentum der Familie Duterte ist.
© Lilli Breining



cer-in-Charge (OIC), als vorübergehend eingesetzten Politiker, zum Vizebürgermeister der Hafenstadt Davao City. Davao ist mit gut 1,5 Millionen Einwohner*innen die politisch, wirtschaftlich und kulturell bedeutsamste Stadt auf der größten südlichen Insel Mindanao. Dort stellte sich 1988 Duterte das erste Mal zur Wahl und gewann auf Anhieb den Bürgermeisterposten. Bis zum Sommer 2016 saßen dann er selbst oder seine beiden Kinder Sara und Paolo an den Schalthebeln der Macht. Seit Juli 2016 hat Tochter Sara dort wieder den Posten ihres Vaters übernommen. Sein Erfolgsrezept? Ganz einfach, antwortete Duterte jedem, der es hören wollte: »In Wahlzeiten sage ich den Leuten immer wieder klipp und klar: Wenn ihr einen Bürgermeister wollt, der keine Kriminellen tötet, dann sucht euch gefälligst einen anderen.«

Davao als Treibhaus von Gewalt

Davao – das war Mitte der 1980er ein Ort, wo stramm antikommunistische Vigilantegruppen Hatz auf (vermeintliche) Mitglieder und Sympathisant*innen der Neuen Volksarmee (NPA), der Guerillaorganisation der Kommunistischen Partei (CPP), machten.¹ Letztere wiederum waren zeitweilig in Davaos Stadtbezirk Agdao dermaßen stark verankert und mit eigenen Liquidationskommandos, sogenannten »sparrow units« (»Spatzeneinheiten«), präsent, dass man den Be-

zirk zeitweilig in »Nikaragdao« in Anlehnung an die sandinistischen Rebellen in Nicaragua umbenannte. Gleichzeitig hatte eine CPP-intern sogenannte »Knoblauch-Kampagne« zur »Säuberung« der eigenen Ränge geführt, in deren Verlauf Hunderte von Genoss*innen als mutmaßliche Informant*innen der Armee oder als vermeintlich »tief eingeschleuste Agenten« gefoltert und hingerichtet wurden – das düsterste Kapitel in der Geschichte der 1968/69 gegründeten CPP und NPA!

Wer sich in einem solchen Klima aufgeheizten Militarismus' als Politiker dauerhaft etablieren wollte, musste entweder über ein klassenübergreifendes Charisma verfügen oder mit knallharten Bandagen auftreten. Für Letzteres war »Digong« nachgerade geschaffen; das Gros der Davaoños liebte »ihren Saubermann« par excellence, wie denn im Gegenzug »Digong« nicht müde wurde, von Davao als »meiner Stadt« zu schwärmen. Je länger Duterte im Sattel saß, desto größer wurde sein Ego, was ihn dazu verleitete, auch und gerade in eliminatorischen Dimensionen zu denken und zu handeln. Vor allem Geschäftsleute schätzten des Bürgermeisters Sinn für »Stadtverschönerung« und »Sicherheit«. Bettler*innen, Straßenkinder und Kleinkriminelle waren den Stadtoberen und dem Business ein Dorn im Auge. Für sie waren sie »Gesindel«, das es zu »beseitigen« galt. *Human Rights Watch* brachte bereits vor neun Jahren einige Machenschaften Dutertes ans Tageslicht und gelangte zu dem Schluss, dass er zumindest



Im Zuge der Wahlen 2016 wurden in Davao viele Straßenmalereien Duterte gewidmet.
© Lilli Breiningner

das Wirken der »Davao Death Squad« (DDS) gutgeheißen hat, wenn nicht sogar direkt in deren Unwesen involviert war.²

Neben Human Rights Watch und Amnesty International haben auch die nationale Menschenrechtsorganisation Karapatan sowie die staatliche Menschenrechtskommission (HRC) die Regierungen in Manila aufgefordert, das Treiben der DDS zu untersuchen.³ Es geschah aber nichts beziehungsweise lediglich eine neuerliche Kostprobe elastischer Strafrechtsjustiz. Im Jahre 2012 legte die HRC aufgrund eigener Untersuchungen dem Büro des Ombudsmann nahe, wegen Mordes gegen Duterte zu ermitteln. Der Ombudsmann leitete sodann lediglich Verfahren gegen 21 Polizist*innen wegen »Pflichtvernachlässigung« ein. Deren Verurteilungen zu Geldstrafen wurden von einem Berufungsgericht kassiert. Die Beweislage sei zu dürftig gewesen, befand es – »Kultur der Straflosigkeit« als vornehmlich den Herrschenden dienliche Konstante der Politik.

Unerbittlicher »Antidrogenkrieg«

Kein Wunder, dass Duterte seinen Wahlkampf im Frühjahr 2016 mit seiner in Davao erprobten Agenda führte. Gnadenlos werde er den »Kampf gegen Drogen, Kriminalität und Korruption«

führen – koste es, was es wolle. Und »Digong« wäre nicht »Digong«, hätte er nicht vollmundig hinzugesetzt, diesen Kampf in drei bis spätestens sechs Monaten zu gewinnen. Andernfalls verdiene er es selbst, umgebracht zu werden. O-Ton Duterte am Sonntag, dem 16. Januar 2016: »Wenn ich [in dem Kampf] erfolgreich bin, würde das wohl mein größter Beitrag für mein Land sein. Mißglückt mir das, tötet mich.«⁴ Gleichzeitig verstand Duterte seinen Feldzug als Revolte gegen die dem Volk entrückte, verhasste Politikerkaste in der Metropole Manila und als längst überfällige Aufwertung der Peripherie. Aus dem von Armut, Rückständigkeit und vielfältigen Konflikten gezeichneten, doch an natürlichen Ressourcen überaus reichen Süden hatte noch nie ein Politiker den Sprung in Manilas Präsidentenpalast Malacañang geschafft.

Ein weiteres bedeutsames Merkmal des Duterismo ist die ihm eigene Farbenlehre. Dutertes vier Grundfarben sind Schwarz, Braun, Rot und Weiß. Sackt er zu Beginn einer Woche in unsäglichen Vergleichen mit Hitler und Ugandas Idi Amin in tiefes Braun und Schwarz ab, schickt er sich an, die Restwoche in rotem Gewande mit Hammer und Sichel zu wedeln. Was immer er tut: Der Präsident wähnt sich stets als der Nation und dem Volk dienender Saubermann mit lupenreiner weißer Weste. Wer auch immer seinen »Krieg gegen Drogen«⁵ mit bislang mindestens 10.000 Opfern – meist arme Schlucker aus

Elendsquartieren – anprangert, gilt als ausgekochter Feind oder »Hurensohn«, der sich unbefugt in die inneren Belange des Landes einmischte. In diesem Sinne versteht sich die von Duterte mal avisierte *Achse Manila-Beijing-Moskau* als Gegengewicht zur einstigen Kolonialmacht USA (1898–1946).

Er sei, so betont der Präsident bei jeder sich bietenden Gelegenheit, Staatschef eines souveränen Landes und kein Knecht oder Befehlsempfänger einer ausländischen Macht. In diesem Zusammenhang wurde Duterte nicht müde, sich antiimperialistisch zu gebärden und auf die Verbrechen der USA als ehemalige Kolonialmacht sowie deren »schmutzigen Drogenkrieg« als Bestandteil des »Krieges niedriger Intensität« (*»low-intensity warfare«*) seit Beginn der 1970er Jahre zu verweisen.

»Duterte tötet im Rahmen der Drogenbekämpfung«, schrieb die in Hongkong erscheinende Tageszeitung *South China Morning Post*, »doch der Tribut, der in den Philippinen gezollt wird, wird von all jenen Leichen in den Schatten gestellt, welche die USA aufgestapelt haben.«⁶

Rhetorik und inszenierte Volksnähe

Duterte wird nicht müde, große Infrastrukturvorhaben als Segnungen anzupreisen, die er für die Armen und Marginalisierten bereit halte. Es werde keine Vertreibungen aus Slums mehr geben, Land werde für arme Bauern und Tagelöhner bereitgestellt, umweltverschmutzender Tagelöhner gehöre ebenso der Vergangenheit an wie die Praxis befristeter Anstellungsverträge (*contractualization*). Das unabhängige Forschungsinstitut *IBON* gelangte anlässlich des vorgelegten *Philippine Development Plan 2017–2022* indes zu dem nüchternen Fazit: »Die ersten sechs Monate von Dutertes Amtszeit offenbaren die klare Tendenz, dass seine sich populistisch gebärdende Administration die neoliberale Agenda ihrer Vorgänger fortsetzt – dies aber hinter einer Nebelwand des Kriegs gegen Drogen, nationaler Rhetorik und linker Fassade.«⁷

Wenngleich Duterte gern kumpelhaft auftritt und den armen Schlucker mimt, erhielt er im

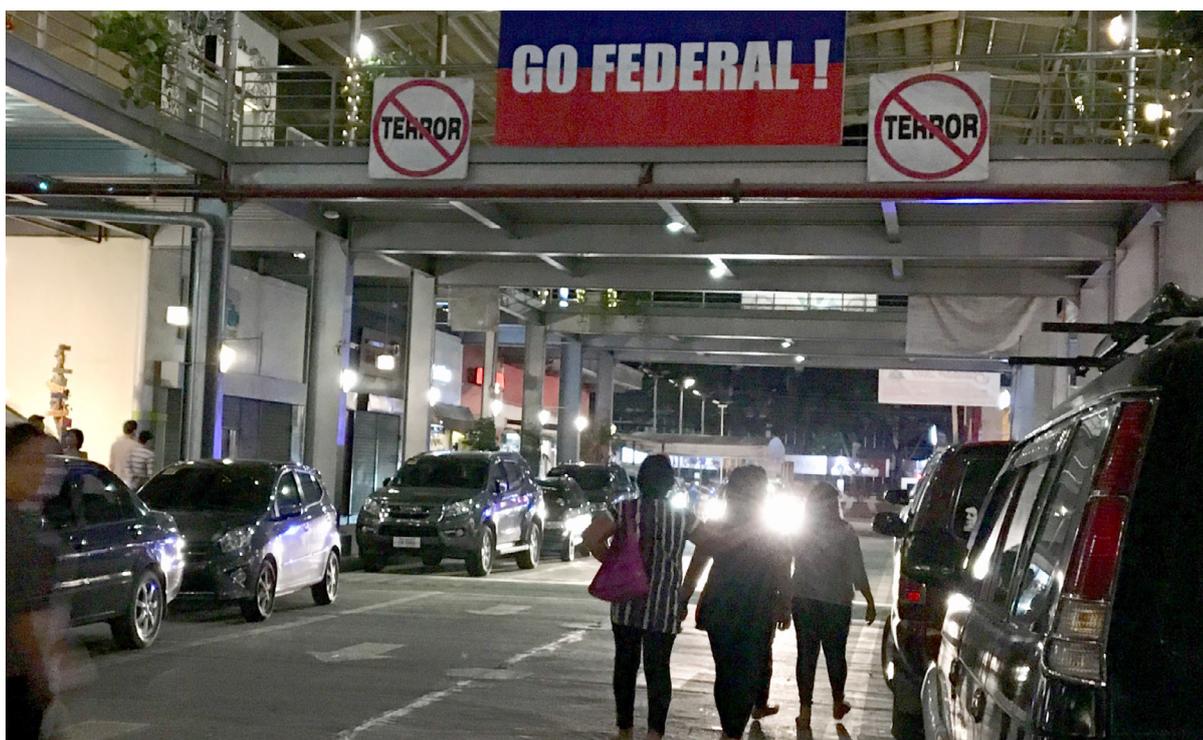
Jahre 2016 nicht weniger als 375 Mio. Peso an Wahlkampfspenden (umgerechnet etwa 7,5 Mio. Euro). Davon stammten 334 Mio. Peso von nur gut einem Dutzend Geschäftsleuten oder Multimillionär*innen. Im Gegenzug wurde mindestens ein halbes Dutzend Mäzene mit Kabinettsposten bedacht – darunter Mark Villar als Minister für Straßenbau, dessen Vater Manuel B. Villar Jr. einst Senatspräsident und 2010 Präsidentschaftskandidat war – oder ihnen lukrative Regierungsaufträge zugeschanzt.⁸

Wenn immer ihm Dinge zu entgleiten drohen, beschwört Duterte die Notwendigkeit herauf, qua Kriegsrecht Land und Leute vor Unbill zu bewahren: »Mich kümmert nicht der Oberste Gerichtshof. (...) Wenn ich will, erkläre ich das Kriegsrecht. Keiner kann mich stoppen und davon abhalten.« Wenige Wochen zuvor hatte der Präsident noch erklärt, er würde schon deshalb kein Kriegsrecht in Erwägung ziehen, weil es dem Land nichts Gutes beschert habe.⁹

Kokettieren mit der radikalen Linken oder Der kurze Traum vom langwährenden Frieden

Dutertismo – der spiegelt sich auch wider in des Präsidenten Kabinettsriege. Diese ist ein Sammelsurium aus hartgesottene Neoliberalen, mächtigen Businessleuten, fortschrittlichen Politiker*innen und Linken, die für die Ressorts Arbeit, Soziales, Agrarreform und Umwelt zuständig waren. (Die Ministerin für Umwelt, Gina Lopez, sowie die Ministerin für Soziales, Judy Taguiwalo, und Rafael Mariano, Minister für Agrarreform, wurden bis zum 6. September 2017 von der zuständigen Benennungskommission (COA) abgelehnt und ihres Postens enthoben.) Ursprünglich hatte Duterte dieses Angebot dem linken Untergrundbündnis der Nationalen Demokratischen Front (NDFP) beziehungsweise ihrer bedeutendsten Mitgliedsorganisation, der CPP, unterbreitet.¹⁰

Mit der NDFP begann im August 2016 eine furiose Wiederaufnahme von Friedensgesprächen, die allerdings Ende Mai 2017 jäh im holländischen Seebad Nordwijk aan Zee endeten. Mal nannte Duterte José Maria Sison, den im hollän-



Öffentliche Plätze wie Matina Town Square in Davao Stadt wurden zeitweilig in Duterte Town Square umgetauft und werben für Digongs ersehnte Verfassungsänderung.
© Lilli Breining

dischen Utrecht im Exil lebenden CPP-Gründungsvorsitzenden und politischen Chefberater der NDFP, seinen Freund und Mentor. Um dann im Gleichklang mit hartgesottene US-freundlichen Militärs und Politikern wie Verteidigungsminister Delfin Lorenzana die NDFP des »Terrorismus« zu zeihen. Im August 2017 eskalierte die persönliche Sison-Duterte-Fehde in einer Weise, dass selbst nationale Medien nicht darum herum kamen, darüber zu berichten. In einem Interview mit diesem Autor Mitte August 2017 bezeichnete Sison Duterte als beides - »einen Sozio- und Psychopaten«, der überdies von dem Opioid »Fentanyl abhängig ist«.

Bis auf Weiteres Kriegsrecht

Ausgerechnet auf seiner ersten Russlandreise Ende Mai 2017 drang böse Kunde an die Ohren des Präsidenten. In Marawi City, im Zentrum Mindanaos gelegen, lieferten sich Regierungstruppen (AFP) seit dem 23. Mai Gefechte mit Kämpfern der dschihadistischen Abu Sayyaf- und Maute-Gruppen. Offensichtlich misslang den AFP eine Operation zur Ergreifung des international als »Terrorist« eingestuften Abu Sayyaf-Führers Isnilon Hapilon. Dessen Operationsgebiet war bis dahin die weiter südlich gelegene Insel Basilan, wo er mit seiner Gefolgs-

schaft den Treueeid auf den Islamischen Staat geleistet hatte und von diesem als Emir anerkannt worden war. Hapilon war es gelungen, sich unerkannt nach Marawi durchzuschlagen, um sich dort mit der lokalen Maute-Gruppe zu verbünden.

Noch am selben Abend des 23. Mai 2017 unterzeichnete Präsident Duterte in Moskau die *Proklamation 216*, mit der er das Kriegsrecht über den gesamten Süden der Inselrepublik verhängte und das zwischenzeitlich bis zum 31. Dezember 2018 verlängert wurde. Der Präsident brach seine Russlandreise kurzerhand ab und versicherte seinen Landsleuten bei seiner Rückkehr in Manila, die »Krise in Marawi« schnellstmöglich zu lösen. Doch die Kämpfe zogen sich bis zum Oktober 2017 hin – in einer ohnehin weitgehend zerstörten Stadt, wo laut offiziellen Angaben weit über 700 Tote, darunter 528 »militante Kämpfer*innen« und 122 Regierungssoldat*innen und Polizist*innen, gezählt wurden. Als schließlich die Kampfhandlungen in Marawi City, mittlerweile zur Ruinenstadt zusammengeschossen, am 16./17. Oktober offiziell ein Ende fanden, waren insgesamt über 1.000 Tote zu beklagen – darunter u. a. auch einer der Maute-Brüder sowie Hapilon.

Während sich Duterte anfangs »überrascht« zeigte, dass überhaupt US-Soldat*innen vor Ort

operierten, wurde zunehmend klarer, dass deren Einsatz sich nicht nur auf logistische und nachrichtendienstliche Unterstützung für die AFP beschränkte, sondern sie auch in direkte Kampfeinsätze einbezogen waren. Zeitgleich mit dem Manila-Besuch von US-Außenminister Rex Tillerson am 7. August 2017, der anlässlich des 50. Gipfeltreffens der ASEAN in der philippinischen Hauptstadt weilte und dort am selben Tag mit Präsident Duterte konferierte, tauchten in Washington und Manila Medienberichte auf, denen zufolge die US-Luftwaffe Einsätze in Marawi erwog.¹¹ Es war kein Zufall, dass fast auf den Tag genau mit den »Ereignissen« in Marawi Duterte die Friedensverhandlungen mit der NDFP für gescheitert und sie zum nächsten Feind erklärte.

Seitdem haben in Manila mehr denn je jene (Ex-)Militärs das Sagen, die stets einen stramm pro-amerikanischen Kurs favorisiert und einen Dialog mit den Linken abgelehnt hatten. (Bereits mindestens 60 Ex-Offizieren aus Armee und Polizei hat der Präsident Posten in Bürokratie und Verwaltung sowie im diplomatischen Korps zugeschanzt. Überdies wurden mit Jahresbeginn die Gehälter für die regulären Streitkräfte und Polizei beträchtlich erhöht.) Eine Entwicklung, die auch den Manövrierspielraum der vitalen zivilgesellschaftlichen Kräfte und progressiven Gruppierungen sowie der indigenen Gemeinschaften vor allem im südlichen Landesteil einschränkt und die Gefahr eines neuerlichen Bürgerkrieges wie Mitte der 1970er Jahre heraufbeschwört. Dann allerdings unter dem Deckmantel des gegenüber dem »Antidrogenkrieg« international weitaus unproblematischer präsentierbaren »Feldzugs gegen den Terror(ismus)«.

Kreisender »Pazifischer Adler« und wachsender Autoritarismus

Eine eben solche Entwicklung gewinnt seit Herbst vergangenen Jahres an Konturen. Die »Ereignisse« in Marawi City lieferten offensichtlich die Blaupause für die Eskalation der US-inspirierten »Operation Pacific Eagle-Philippines«, die den ohnehin bestehenden Aufstands-bekämpfungsplan *Kapayapaan* (Operationsplan Frieden) der philippinischen Streitkräfte (AFP)

flankiert.¹² Bereits in Marawi hatte sich gezeigt, dass die Präsenz von US-Spezialeinheiten, die Ausstattung der AFP mit modernster US-Kriegstechnologie sowie der Einsatz von Drohnen maßgeblich dazu beitrugen, den bewaffneten dschihadistischen Gruppen das Rückgrat zu brechen. Im »kriegsrechtgeschützten« Mindanao genossen kombinierte amerikanisch-philippinischen Truppenverbände zudem das Privileg extraterritorialer Immunität. Sie könnten ungehemmt auch und gerade gegen die vor Ort operierenden NPA-Einheiten vorgehen, deren nahezu 50-jährige Existenz hartgesottenen rechten Politiker*innen und Militärs eh ein Dorn im Auge ist. Last but not least garantiert die »Operation Pacific Eagle-Philippines« US-Militärs die physische Nähe zu einer Region, wo die Auseinandersetzungen und Dispute um Besitzansprüche im Südchinesischen Meer (auf philippinischen Karten mittlerweile als Westphilippinisches Meer verzeichnet) und Rivalitäten mit der Volksrepublik China virulent bleiben.

Zugute kommt dem Präsidenten bei alledem ein noch immer ungebrochener Rückhalt in der Bevölkerung und die Tatsache, dass Dutertes politisches Camp in beiden Kammern des Kongresses, im Repräsentantenhaus sowie im Senat, keinen wirklichen Dissens zu fürchten braucht. Mitte Dezember erbat Duterte vom Kongress eine einjährige Verlängerung des seit Ende Mai 2017 im gesamten Süden des Landes geltenden Kriegsrechts. Binnen 48 Stunden wurde seiner Bitte entsprochen: 226 Mitglieder des Repräsentantenhauses und 14 Senator*innen nickten den Wunsch des Präsidenten ab, während die Neinstimmen mit 23 beziehungsweise vier kläglich ausfielen. Es ist nicht nur die Legislative, die Duterte geschlossen auf seiner Seite weiß. Auch der Oberste Gerichtshof soll durch Machinationen auf Linie gebracht werden. Die Streitkräfte und Nationalpolizei werden aufgewertet und neben dem »Antidrogenkampf« nun verstärkt im »Kampf gegen den Terrorismus« eingesetzt.

Mitte Januar verbuchte Duterte weitere Erfolge auf dem Weg, seine Macht zu zementieren. Am 15. Januar wurde nicht nur dem angesehenen Online-Magazin *Rappler* auf Anordnung der Wertpapier- und Börsenaufsichtsbehörde (Securities and Exchange Commission – SEC) in Manila wegen vermeintlicher ausländischer Kapi-

talbeteiligung die Lizenz entzogen. Gleichzeitig sind Bestrebungen im Gange, den im Sinne Duterte mit einer »super majority« ausgestatteten Kongress einzig im Rahmen gemeinsamer Sitzungen beider Kammern als neue Konstituierende Versammlung (Constituent Assembly) zu formieren. Dieser soll es sodann obliegen, eine neue Verfassung (die aktuelle stammt aus dem Jahre 1987) auszuarbeiten und das bestehende präsidentiale in ein föderales politisches System umzuwandeln. Fortschrittliche und linke Organisationen, angesehene Rechtsanwält*innen, Menschenrechtler*innen, Kirchenvertreter*innen sowie Kunst- und Medienschaaffende, von denen viele in der seit Sommer letzten Jahres formierten »Bewegung gegen Tyrannei« (MAT) engagiert sind, befürchten, dass der Präsident in die Fußstapfen des von ihm unumwunden bewunderten Despoten Ferdinand E. Marcos tritt.

Hatte Duterte bei seinem Amtsantritt noch erklärt, als »erster sozialistischer Präsident« in die Geschichtsannalen der Inselrepublik eingehen zu wollen, so ist mittlerweile das Tisch Tuch mit der linken NDFP zerschnitten. Mit seinen am 23. November und 5. Dezember 2017 unterzeichneten Proklamationen 360 und 374 erklärte er sämtliche Verhandlungen mit der Front für endgültig beendet und stufte sie und ihre »Sympathisant*innen, Unterstützer*innen und



Finanziers« als »terroristisch« ein. Anlässlich des 49. Jahrestags der Gründung der CPP feuerte die Partei ihrerseits eine Breitseite gegen den Präsidenten und deren Zentralkomitee rief in seiner Stellungnahme vom 26. Dezember 2017 offen zum »Kampf gegen das faschistische US-Duterte-Regime« auf. Die Zeichen stehen wieder voll auf Konfrontation.

*Neben der Shoot-to-kill Agenda wird die Bevölkerung in Mindanao vor mutmaßlicher Terrorist*innen gewarnt.
© Lilli Breining*

Quellen

- 1 CIA/Directorate of Intelligence: *Philippine Counterinsurgency – Prospects for Improvement Under the Aquino Government: An Intelligence Assessment*, Washington, D. C., September 1986, S. 31 & Duterte urged: Tell the truth about murdered journalist Jun Pala, in: *The Philippine Star*, 16.9.2016.
- 2 Human Rights Watch (HRW): *The Philippines: »You Can Die Any Time« – Death Squad Killings in Mindanao* (http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/philippines0409webwcover_0.pdf), New York 2009 – siehe ferner: Holmes, Oliver et al.: Philippines President Rodrigo Duterte says he personally killed criminals, in: *The Guardian* (<https://www.theguardian.com/world/2016/dec/14/philippines-president-rodrigo-duterte-personally-killed-criminals>), 12.12.2016.
- 3 Kine, Phelim: *Rodrigo Duterte – The Rise of Philippines' Death Squad Mayor*, Washington, D. C., 17.7.2015 (<https://www.hrw.org/news/2015/07/17/rodrigo-duterte-rise-philippines-death-squad-mayor>) – Der Autor ist stellvertretender Direktor der Asienabteilung von Human Rights Watch.
- 4 Hegina, Aries Joseph: Duterte: Kill me if I fail to bust crime, corruption in 6 months, in: *Philippine Daily Inquirer*, 17.1.2016.
- 5 Agence France-Presse: »Go ahead and kill drug addicts«: Philippine President Rodrigo Duterte issues fresh call for vigilante violence«, in: *South China Morning Post* (Hong Kong) vom 2.7.2016.
- 6 Chowdhury, Debasish Roy: There's too much drug blood on America's hands to lecture Duterte, in: *South China Morning Post* (Hong Kong), 24.9.2016.

- 7 Olea, Ronalyn V.: »Duterte's economic policies pro-oligarch, anti-poor« — think-tank, in: *Bulatlat* (Online-Magazin), Quezon City, 4.1.2017.
- 8 Ilagan, Karol & Mangahas, Malou: *PCIJ (Philippine Center for Investigative Journalism) Special Report — P334M from only 13 donors funded Duterte's presidency*, <http://www.gmanetwork.com/news/archives/authors/maloumangahas>, 5.12.2016.
- 9 Cabacungan, Gil; Aning, Jerome; Salaverria, Leila B.: On threat to impose martial law, Duterte just frustrated — Aguirre, in: *Philippine Daily Inquirer*, 17.1.2017 — siehe ferner: Placido, Dharel: Duterte says martial law didn't improve Filipinos' lives (<http://news.abs-cbn.com/news/12/01/16/watch-duterte-says-martial-law-didnt-improve-filipinos-lives>), in: *ABS-CBN*, Quezon City, 1.12. 2016.
- 10 Pagaduan-Araullo, Carol: *Unmasking Duterte*, in: *BusinessWorld* (Manila) vom 31.7.2017 & Werning, Rainer: *Ein Präsident sieht rot*, in: *Neues Deutschland* (Berlin) vom 2.8.2017.
- 11 Werning, Rainer: *Militante »Hilfestellung«*, in: *Junge Welt* (Berlin) vom 10.8.2017.
- 12 Näheres über den seit September 2017 initiierten und erst im Januar dieses Jahres publik gewordenen US-Counterinsurgency-Operationsplan »Pacific Eagle-Philippines« enthalten folgende Quellen: Jessica Donati & Gordon Lubold: *U. S. Military Escalates War Efforts in the Philippines*, in: *The Wall Street Journal* (New York) vom 19.1.2018; *PHL confirms seeking US help for counterterrorism*, in: *BusinessWorld* vom 23.1.2018; <https://www.mintpressnews.com/operation-pacific-eagle-in-the-philippines-washingtons-new-colonial-war/237281/>; <https://www.mintpressnews.com/operation-pacific-eagle-duterte-falls-in-line-with-us-plans-for-the-philippines/237641/>; https://media.defense.gov/2018/Feb/02/2001872555/-1/-1/1/FY2018_LIG_OCO_OIR_Q1_12222017_2.PDF



Für den Inhalt dieser Publikation ist allein das **philippinenbüro e.V.** verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Der Autor

Dr. Rainer Werning, Sozialwissenschaftler und Publizist mit den Schwerpunkten Südost- und Ostasien, befasst sich seit 1970 intensiv mit den Philippinen und ist u. a. mit Jörg Schwiieger Mitherausgeber des im Herbst 2018 in 6., erw. und akt. Ausgabe erscheinenden **Handbuch Philippinen** (regiospectra Verlag, Berlin).

Gefördert von Engagement Global im Auftrag des



und von



Gefördert aus Mitteln des
Evangelisch Kirchlichen Entwicklungsdienstes

Impressum

V. i. S. d. P.:

Lilli Breiningen | **philippinenbüro e.V.**
Hohenzollernring 52 | 50672 Köln | Germany
Tel.: 0221-71 61 21-0
Email: philippinenbuero@asienhaus.de
Web: <http://www.philippinenbuero.de>
Gesamtausstattung:
Klartext Medienwerkstatt GmbH
(<http://www.k-mw.de>)